

(Doppmeier (CDU))

- (A) So steht es klipp und klar im Ergebnisprotokoll. Jetzt kommen Sie mit dem Einwand: Wie ist es denn mit den Ausgleichsmitteln? Ich bitte Sie! Der Bund stellt jetzt 2 Milliarden DM für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung.

(Heidtmann (SPD): Endlich mal!)

Das ist wesentlich mehr, als die Länder im Zuge der Ausgleichsmittel hätten beanspruchen können.

(Schultz (SPD): Sie sagen die Unwahrheit!)

Meine Damen und Herren! Ich kann folgendes, so glaube ich, sagen, ohne daß man mir irgend etwas unterstellt. Sie wissen, daß ich aus diesem Parlament ausscheide, weil ich für den Deutschen Bundestag kandidiere.

(Schaufuß (SPD): Auch keine Bereicherung!)

Ich finde es nicht gut, daß die Länder freiwillig mehr und mehr Aufgaben an den Bund abgeben. Wenn das so weitergeht, sind die Länder auf dem besten Wege, sich zu überleben, meine Damen und Herren! Wohnungsbau ist für mich nach wie vor eine klassische Aufgabe der Länder und nicht in erster Linie eine Aufgabe des Bundes.

- (B) Meine Damen und Herren, ich will jetzt stichwortartig einige Vorschläge machen:

Erstens. Wenn Mittel nicht abfließen, dann müssen sie dorthin gegeben werden, wo sie tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Zweitens. Die Eigentumsförderung ist nicht nur fortzuführen, sondern auch auf junge und wachsende Familien auszudehnen. Dort ist mit dem vorzeitigen Baubeginn zu arbeiten. Und die Mittel für die Eigentumsförderung müssen drastisch erhöht werden. So schafft man schnell Wohnraum.

Drittens. Der dritte Förderweg ist in Nordrhein-Westfalen schnell einzuführen, weil auch so schnell zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird.

(Hunger (SPD): Unverantwortlich!)

Viertens. Wenn die Baukapazitäten an ihre Grenzen kommen, muß die öffentliche Hand mit ihren Hochbauten zurückhaltend sein und neue Hochbauvorhaben zurückstellen, damit die Kapazitäten voll dem Wohnungsbau zur Verfügung stehen.

- (C) Fünftens. Die Landesbauordnung ist an einigen Stellen zu ändern, damit der Dachgeschoßausbau erleichtert wird.

Sechstens. Die Auswertung der Volkszählung ist in Nordrhein-Westfalen zu beschleunigen, damit wir endlich die Daten aus der Volkszählung vorliegen haben und daraus Schlüsse ziehen können.

Siebtens. Die Länder sind stärker gefordert als der Bund. Hier sollte Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle spielen.

Achtens. Das Landesplanungsrecht ist zu ändern, damit schneller Bauland zur Verfügung gestellt werden kann und damit vor allem auch Mietwohnungsbau in den nicht im Gebietsentwicklungsplan dargestellten Wohnsiedlungsbereichen möglich ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir so in den nächsten Wochen und Monaten an die Arbeit gehen, werden wir sehr viel für die Bürger unseres Landes erreichen.

Meine Redezeit ist zu Ende. Deshalb kann ich auf die Einzelheiten, die der Minister in ausführlicher Breite vortragen konnte, nicht mehr eingehen. - Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (D) Vizepräsident Dr. Klose: Offensichtlich gibt es keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich schließe damit die Aktuelle Stunde.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989  
(Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 1989)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/4801

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 10/4846  
zweite Lesung  
dritte Lesung

Ich weise nochmals darauf hin, daß die Fraktionen im Ältestenrat vereinbart haben, die dritte Lesung des Gesetzentwurfs heute unmittelbar im Anschluß an die zweite Lesung durchzuführen. Ich frage aber formal, ob sich hiergegen Widerspruch erhebt. - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich das als so beschlossen feststellen.

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Wer wünscht das Wort? - Ich rufe Herrn Abg. Schauerte für die Fraktion der CDU auf. Bitte schön!

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute die Schlußlesung des Dritten Nachtrags zum Haushalt 1989. Ich will die Positionen noch einmal ganz ruhig und präzise vortragen.

Es geht, wie Sie wissen, um zwei Themenbereiche: Das eine ist die vorläufige Schlußfinanzierung zur Einschließung des THTR. Das andere ist der Zehnjahresvertrag im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, der ein Volumen von insgesamt 1,25 Milliarden DM an Verpflichtungen für das Land enthält.

Damit wir uns ganz klar sind, erinnere ich daran, daß die CDU-Fraktion von Anfang an gesagt hat: Wir müssen das Nötige tun, damit ein Konkurs der Betreibergesellschaft des THTR vermieden wird. Das ist zwischen uns völlig unstrittig.

Aber wir haben genauso klar gesagt, daß an diesem Punkt die politische Verantwortung für das Scheitern dieser fortschrittlichen Atomenergielinie deutlich formuliert werden muß: Die Landesregierung hat - ich kann das Bild nur wiederholen - diese Reaktorlinie, die sie selbst früher so gelobt hat, für die sie so geworben hat, für die sie soviel Zustimmung organisiert und für die sie soviel Geld losgetreten hat, leider zu Tode gehetzt.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Das Problem bei dem Punkt ist, wenn Sie nun sagen: Damit haben wir gar nichts zu tun; die Betreiber wollten doch am Ende selbst nicht mehr! Ich bleibe bei dem Bild des Hirsches, der von Hunden gehetzt wird: Wenn Sie den zu Tode hetzen und der sich nachher niederlegt, um sich von den Hunden beißen zu lassen, dann können Sie doch dem Hirsch nicht den Vorwurf machen, er hätte ja nur weiterlaufen müssen; dann wäre ihm nichts passiert.

Genau das Bild paßt hier auf die Lage des THTR: Die Landesregierung hat die Genehmigungsproblematik so hochgeschraubt, hat damit die Wirtschaftlichkeit so nachhaltig zerstört, daß die Betreiber, wenn sie ihrem Gelde nicht böse waren, gar nicht mehr anders konnten, als am Ende zu sagen: Wir sind nun einverstanden, daß ein Ende kommt. Und dann müssen die ja in solchen Fällen am Ende auch noch sehr höflich bleiben und können das nicht so klar formulieren, wie wir das hier auf der politischen Ebene formulieren

- (C) können, weil es ja am Ende immer noch um die Frage geht: Wer hilft uns denn bei der Finanzierung der Beerdigungskosten?

Deswegen müssen die bis zum bitteren Ende ein Stück Wahrheit nicht formulieren, damit diese Landesregierung beim Finanzieren der Beerdigungskosten behilflich bleibt. Das ist die Situation!

Nun unsere noch offengebliebenen Fragen, auf die wir auch in den Beratungen bisher keine Antwort bekommen haben:

Erstens. Ist der Vertrag mit der Betreibergesellschaft des THTR 300 bereits abgeschlossen und gegebenenfalls wann, wer hat ihn unterschrieben, und wie sieht er aus?

Zweitens. Wann ist mit der endgültigen Stilllegung des THTR 300 zu rechnen? Die Planungen gehen wohl von drei Jahren aus, wenn ich das richtig sehe. Jedenfalls ist das das Finanzierungsvolumen, das wir dabei berücksichtigen müssen. Nur, Herr Minister Jochimsen und Herr Minister Schleußer - Herr Heinemann, der ja als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine ganze Menge dazu zu sagen hätte, ist wohl leider nicht hier -, ist das überhaupt realistisch? Verlassen wir uns da nicht auf eine völlig falsche Zahl? Es wäre ja das erste Mal, daß ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren - und darum geht es auch bei der Schließung - in drei Jahren endgültig gelaufen wäre! Wenn es so wäre, daß ein solches atomrechtliches Genehmigungsverfahren so schnell laufen könnte, dann ist meine These wieder absolut bestätigt, daß ich sage: Wenn die Landesregierung will, kann sie schnell; wenn sie nicht will, kann sie langsam, und wenn sie gar nicht will, kann sie es so erschweren, daß am Ende die Betreiber aufgeben.

(D)

Das wäre die schnellste Genehmigungslage für ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt. Wir sind uns doch hoffentlich einig, daß auch die endgültige Beseitigung bzw. die Stilllegung ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren voraussetzt.

Wenn meine Annahme zutrifft, daß wir für dieses Verfahren nicht drei, sondern mindestens fünf Jahre benötigen werden, dann sind die angenommenen Größenordnungen von insgesamt 287 Millionen DM heute schon obsolet. Die Frage ist: Bitte schön, wer bezahlt denn dann? Die Betreiber? Das Land? Oder der Bund?

Wir sagen also: Die 287 Millionen DM, mit denen Sie heute in den Nachtrag hineingehen,

(Schauerte (CDU))

- (A) reichen schon heute erkennbar nicht aus. Ich erwarte eine Antwort darauf, wer die zusätzlichen Kosten übernimmt.

Eine weitere Frage: Es gab ja die Überlegungen, daß das, was wir jetzt an Geld beschließen, nur die Phase der Einschließung finanzieren soll. Es ist ja völlig offen - und das ist für das Land von enormer finanzieller Dimension -, wer denn die endgültigen Abbruchkosten des THTR übernimmt. Der uns einmal mitgeteilte Betrag von etwa 450 Millionen DM, die das eines Tages kosten könnte, erscheinen uns absolut zu niedrig. Nach dem, was wir hören, wird es eher deutlich mehr als 1 Milliarde DM sein, die es dann kosten wird.

Die Frage ist: Wer trägt diese Kosten? - So wie ich das rechtlich beurteile, werden die Kosten beim Bund und beim Land hängenbleiben, weil sich die Betreiber wohl aus diesem Verfahren herausziehen werden.

Deswegen ist mein Vorwurf an Sie, Herr Minister Jochimsen, daß Sie hier im Grunde genommen eine Fehlinvestition gigantischen Ausmaßes, deren Letztzahlen wir heute noch nicht kennen, zu verantworten haben, in vollem Umfang berechtigt.

Wir möchten also Antwort haben, wer die Kosten des endgültigen Abbruchs trägt und wie hoch die Landesregierung sie einschätzt.

- (B) Ich komme zum zweiten Komplex, dem VVR, dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr: Hier verfügen wir im Nachtragshaushalt über einen Betrag von 1,25 Milliarden DM für 10 Jahre. Das ist eine unserer langfristigen finanzpolitischen Festlegungen, die wir haushaltspolitisch zu beachten haben.

Meine Fragen sind: Was kostet das mehr gegenüber dem bisherigen Zustand? Ich halte die 19 Millionen DM pro Jahr, die mir in der gestrigen Haushalts- und Finanzausschußsitzung mitgeteilt worden sind, für absolut unterbesetzt und nicht realistisch.

Meine viel wichtigere Frage ist: Herr Finanzminister, was würde es eigentlich kosten - da wende ich mich auch an den Verkehrsminister, der bei einem Betrag von 1,25 Milliarden DM, das ist für ihn eine Quantité négligeable, nicht dazusein braucht; das ist ja auch nicht so wichtig -

(Frau Rauterkus (SPD): Na! Na!)

wenn wir den gleichen Subventionsmaßstab, den gleichen Förderungsmaßstab landesweit ansetzen? Warum sind die Verbraucher im

- Verkehrsverbundsgebiet Rhein-Ruhr dem Land diese Beträge wert? Warum sind die Verbraucher in Ost-Westfalen, die Verbraucher in der Region Aachen und im Sauerland diese Beträge nicht wert? Diese Fragen muß die Landesregierung beantworten. (C)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Hier erfolgt, langfristig festgelegt, ohne der Gesamtverantwortung für das ganze Land gerecht zu werden, die einseitige Bevorzugung eines Raumes. Die Antwort, wie hoch die Kosten für den Rest des Landes sind, wird verweigert. Deswegen haben wir stärkste Bedenken, ob das so stehenbleiben kann, solange uns die Antworten nicht gegeben werden können.

Im übrigen fehlt uns für diesen Nachtragshaushalt jeder Deckungsansatz. Weil wir uns auch selbst beim Wort nehmen, bleiben wir dabei: Wenn wir qua Opposition Vorschläge machen, dann haben wir einen Deckungsvorschlag. Wenn das Land solche Nachträge einbringt, hören wir zur Deckung nichts. Deswegen können wir beiden Punkten haushaltspolitisch nicht zustimmen, obwohl sie materiell sicherlich - das habe ich eingangs zum THTR gesagt und das sage ich auch noch einmal zum Verkehrsverbund Rhein-Ruhr - durchaus Sinn machen können. Weil die Dinge nun einmal so geworden sind, weil Sie sie nun einmal so haben treiben lassen, muß es wohl sein.

- Aber solange Sie keine Antworten zur Deckung dieser Beträge gegeben haben, woher das Geld, daß wir langfristig ausgeben, herkommen soll und wie hoch die Belastungen am Ende - insbesondere beim THTR - tatsächlich sein werden, kann die CDU-Fraktion diesem Nachtragshaushalt ihre Zustimmung nicht erteilen. - Ich bedanke mich. (D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Abg. Trinius das Wort. Bitte schön.

Trinius\*) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schauerte, Sie haben erneut mit der falschen Behauptung angefangen, daß die Landesregierung Schuld daran trage, daß der Hochtemperaturreaktor nun stillgelegt wird.

Richtig ist, daß die Betreibergesellschaft das wirtschaftliche Risiko nicht mehr glaubte tragen zu können.

(Schauerte (CDU): Warum denn?)

(Trinius (SPD))

- (A) - Weil die Anlage für den Betreiber nicht rentabel war, sondern ein Zuschußbetrieb.

(Schauerte (CDU): Warum denn?)

- Das liegt an den Kosten und daran, daß der Strom aus diesem Hochtemperaturreaktor eben teurer war. Das verschlechterte für die Betreiber und die, die in der Betreibergesellschaft mit dabei waren, den Strompreis. Deswegen wollten sie den Reaktor stilllegen, um dann diese Sache über eine Risikobeteiligung zu finanzieren, an der der Bund und das Land teilhaben. Das muß in aller Deutlichkeit gesagt werden.

Schließlich muß man doch auch sagen: Die Bitte, ob denn nicht ein Auslaufbetrieb möglich sei, hat der Betreiber ebenfalls mit den Hinweis darauf, auch dies sei für ihn wirtschaftlich nicht darstellbar und nicht finanzierbar, ausgeschlagen.

So ist es dazu gekommen, daß Bund und Land gemeinsam mit dem Betreiber dann schließlich verabredet haben, in welcher Weise dieser Betrieb auslaufen soll. Dies geschieht, und dafür brauchen wir jetzt diesen Nachtragshaushalt.

Lassen Sie mich etwas zu dem sagen, was Sie zum Verkehrsverbund Rhein-Ruhr erwähnten: Wir fördern doch auch anderswo Verkehrsverbände. Wir fördern doch auch anderswo die investiven Mittel, die die Träger von Verkehrsunternehmen brauchen, um Busse anzuschaffen und ähnliches. Hier liegt ein Vertrag vor, der über eine Laufzeit von zehn Jahren abgeschlossen ist.

(B)

Deswegen muß das Land als Vertragspartner ebenfalls eine Bindung eingehen und sie über die Laufzeit von zehn Jahren finanziell darstellen. Nichts anderes geschieht hier.

Sie sind dem Landtag die entscheidende Antwort schuldig geblieben. Dem Bericht, der Ihnen allen vorliegt, ist zu entnehmen, daß sich der Verkehrsausschuß mit diesem Nachtragshaushalt befaßt und ihn einstimmig - mit den Stimmen der CDU, der F.D.P. und der SPD - gebilligt hat; einstimmig! Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat sich ebenfalls mit diesem Nachtragshaushalt beschäftigt und ihn gegen eine Stimme aus der CDU - gegen eine Stimme! - angenommen. Im Haushalts- und Finanzausschuß schließlich hat dann die gesamte CDU-Fraktion gegen diesen Nachtragshaushalt gestimmt. Was soll ich dazu sagen? Herr Schauerte, dazu müßten Sie etwas sagen können. Sie müssen hier erklären, wieso Ihre Fachkollegen im Verkehrsausschuß und im Wirtschaftsausschuß

diesem Nachtragshaushalt zustimmen, Sie aber hier offensichtlich zusammen mit Ihrer ganzen Fraktion den Nachtragshaushalt ablehnen wollen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dorn für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bereits bei der ersten Lesung dieses Nachtragshaushalts für meine Fraktion erklärt, daß wir ihm zustimmen werden.

Nun haben wir in der ersten Lesung wie in der zweiten Lesung denselben Argumentationen lauschen können, die Herr Kollege Schauerte vorgetragen hat. Er hat sowohl bei der ersten Lesung als auch heute gesagt, die CDU-Fraktion werde nein sagen.

Wie Herr Kollege Schauerte in der ersten Lesung in seiner Replik auf meine Rede gesagt hat, sind dann bei ihm Irritationen über das, was ich hier vorgetragen hatte, entstanden.

"Irritationen" ist ja wohl ein sehr magerer Begriff im Vergleich zu dem, was sich die CDU bei der Beratung und Verabschiedung dieses Gesetzes hier leistet.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ich kann nur noch einmal fragen, Herr Kollege Schauerte: Wie ist das eigentlich noch zu verstehen? Ihre Kollegen von der CDU im Verkehrsausschuß stimmen einstimmig zu, Ihre Kollegen von der CDU im Wirtschaftsausschuß stimmen - bis auf eine Stimme - ebenfalls zu, und im Haushalts- und Finanzausschuß stimmt die CDU dann dagegen. Nun bin ich einmal gespannt, wie sich die Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuß und dem Verkehrsausschuß, die diesem Nachtrag zugestimmt haben, heute bei der Abstimmung verhalten werden, nachdem Sie erklärt haben, Sie stimmten als Fraktion wieder dagegen. Das ist doch eine Irritation, mit der man in der parlamentarischen Auseinandersetzung überhaupt nicht mehr rechnen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Fachleute haben zu der hier anstehenden Entscheidung, die von großer Bedeutung sowohl für den wirtschaftlichen als auch für den verkehrspolitischen Bereich ist, ja gesagt. Und Sie sagen dann - was weiß ich aus welchen Gesichtspunkten - nein. Denn was

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Sie, Herr Kollege Schauerte, als Argumentation vorgetragen haben, war eine Vielzahl von Fragen, Fragen, die Sie auch im Haushalts- und Finanzausschuß gestellt haben, Fragen, auf die Sie dort Antworten bekommen haben, Fragen, die Sie hier wiederholen. Vielleicht wird die Landesregierung nun wieder darauf antworten. Das ist ein Spiel, das sich über Tage hinzieht und bei dem überhaupt nicht erkennbar wird, was die CDU will.

(Zustimmung bei der SPD)

Vielleicht hängt das mit den Irritationen in Ihrer Partei für die Aufstellung der Reserveliste zusammen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich kann das nicht beurteilen. Was Sie sich hier bei dieser schwierigen Sachentscheidung leisten, ist ein Eiertanz, bei dem man nicht weiß, was die CDU nun wirklich will, ob sie ja sagt, ob sie nein sagt, je nachdem, in welchem Ausschuß Sie Ihre Stimme abgeben oder ob Sie Ihre Stimme im Plenum abgeben. Es wäre höchste Zeit, daß Sie in Ihren eigenen Reihen einmal dafür sorgen, daß in diesen so wichtigen Fragen vernünftige Sachentscheidungen getroffen werden, die dann vielleicht auch Ihre eigene Fraktion tragen kann.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile dem Herrn Finanzminister das Wort.

Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An sich könnte ich sagen: Die Antwort ist gegeben und klargestellt. Ich bin Herrn Kollegen Dorn ausdrücklich dafür dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann hier nur wiederholen, Herr Kollege Schauerte: Alles, was Sie wissen wollten, haben Sie in zwei ausführlichen Ausschusssitzungen gehört. Die Fachausschüsse sind ebenfalls gehört worden und haben alle Fragen beantwortet bekommen. Sachargumente, die man hier ergänzend beantworten müßte, haben Sie ansonsten nicht vorgebracht.

Der Vertrag ist unterschrieben, Herr Kollege Schauerte. Bund und Land gehen gemeinsam davon aus, daß damit eine abschließende Regelung gefunden ist. Wir unterscheiden uns dort nicht vom Bund.

Zur Frage der Abbruchkosten gibt es gemeinsame Absichtserklärungen von Bund und

Land, wie da in den nächsten 30 Jahren weiterverfahren werden soll. Auch da also eine sehr langfristige Perspektive. (C)

Was den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr angeht: Auch dort schaffen Sie es nicht, zwischen bevorzugten Regionen und anderen Regionen zu differenzieren. Die Fachleute, die sich auskennen - das ist eben auch schon klargestellt worden -, haben dargelegt, daß es für alle Landesteile ähnliche Unterstützungen des Landes bei der Umstrukturierung gibt.

Was die Deckungsansätze angeht - das beantworte ich jetzt zum dritten Male -: sie stehen im Haushalt 1990; dort ist die Deckung. Der Nachtragshaushalt weist keinen weiteren Finanzausgaben aus.

Zum dritten Male, Herr Kollege Schauerte: Geben Sie sich doch einmal mit der Wahrheit zufrieden und versuchen Sie nicht immer, noch darüber hinaus zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Das Wort hat Herr Abg. Schauerte für die Fraktion der CDU.

(Zahlreiche Zurufe von der SPD)

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dorn, ich habe wenig Verständnis für Ihre Linie. Sie haben an der entscheidenden Sitzung im Haushalts- und Finanzausschuß nicht teilgenommen. (D)

(Dorn (F.D.P.): Die war gestern!)

- Nein, an der entscheidenden, in der die Grundlinie festgelegt wurde,

(Lachen bei der SPD)

an der entscheidenden Sitzung, in der die Grundlinie festgelegt wurde zum materiellen Teil des THTR. Da hat Ihr Vertreter genauso kritisch zu diesem Thema Stellung genommen, wie ich das hier tue. Ich weiß nicht, was Sie unterwegs bewogen hat, diese grundsätzliche Kritik an dem Vorgang hier nun einfach nicht mehr zu formulieren. Ich weiß nicht, welche Abhängigkeiten da groß geworden sind, weshalb Sie es nicht getan haben.

(Oho! bei der SPD - Dorn (F.D.P.): Unverschämt!)

- Ja, entschuldigen Sie, Herrn Dorn, ich muß das schon sagen.

(Schauerte (CDU))

- (A) Die CDU-Linie war vom ersten Tage an in der Frage THTR und der Kritik, was dort geschehen ist und wer dort die politische Verantwortung zu tragen hat, eindeutig - ohne Wenn und Aber. Sie haben Ihre Linie offensichtlich dann nicht mehr formuliert. Das beklage ich. Wir haben keinen Nachholbedarf in Gradlinigkeit an dieser Ecke.

(Lachen bei der SPD - Zuruf des Abg. Trinius (SPD))

Zu den Fragen, die ich gestellt habe, Herr Finanzminister: wieder einmal keine Antwort, keine Zahl, was es kostet, sondern immer nur: Haben wir schon erklärt, haben wir schon beantwortet. Das haben Sie nicht. Die Fakten liegen für uns begreifbar und erkennbar nicht auf dem Tisch.

(Kniola (SPD): Das liegt aber an Ihnen!)

Sie wissen, daß es einen erheblichen Disput zwischen Ihnen und dem Wirtschaftsministerium in dieser Frage gibt, daß Sie in der Frage der Länge des Stilllegungsverfahrens überhaupt keine klare Basis geliefert haben, was nun zu tun sei, welche Kosten tatsächlich aufkommen und wer sie zu finanzieren hat. Insoweit, meine ich, sind Ihre Antworten unzureichend und unbefriedigend.

Wir bleiben bei der Linie, daß wir deswegen, auch aus haushaltstechnischen Gründen, diesem Nachtrag nicht zustimmen können, obwohl wir - das sage ich noch einmal - die Einzelmaßnahme Vermeidung des Konkurses des THTR ohne Wenn und Aber stützen. Nach dem, was vorangegangen war, bleibt wohl nichts anderes mehr möglich.

- (B) Einzelmaßnahme Vermeidung des Konkurses des THTR ohne Wenn und Aber stützen. Nach dem, was vorangegangen war, bleibt wohl nichts anderes mehr möglich.

(Zuruf des Abg. Meyer zur Heide (SPD))

Auf der Linie bleiben wir, die Zustimmung zum Haushalt können Sie deswegen von uns an dieser Ecke nicht bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dorn für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schauerte, nehmen Sie bitte erst einmal eine persönliche Bemerkung zur Kenntnis. Ich bin in meinem ganzen Leben nie abhängig gewesen und habe mich nie von irgendwelchen politischen oder anderen Entscheidungen abhängig machen lassen.

(Beifall bei der F.P.D.)

- (C) Ich habe meine Entscheidungen immer unabhängig und frei getroffen. Das werde ich auch beibehalten. Deswegen lasse ich mir solche Vorwürfe auch zu keinem Zeitpunkt bieten.

(Frey (SPD): Sehr richtig!)

Zweitens: Bei der ersten Besprechung, die stattgefunden hat, ohne daß die Parlamentsausschüsse darüber schon beraten hatten, haben wir als Sprecher der Fraktionen mit dem Finanzminister zusammengesessen. Dabei haben uns der Finanzminister und auch der Wirtschaftsminister eindeutig erläutert, wie die Ausgangsposition ist. Bei diesen Gesprächen haben alle drei Sprecher gesagt: Das Verfahren wollen wir nicht stören, aber die Sachentscheidungen müssen getroffen werden, wenn der Bund ebenfalls seine Zustimmung gibt.

Als Vertreter aller drei Fraktionen - auch Sie, Herr Schauerte - haben wir uns damit einverstanden erklärt, daß das Verfahren dann nicht aufgehoben werden kann; wenn der Bund eine Entscheidung trifft, müßten wir Ihnen, Herr Finanzminister, kurzfristig, innerhalb von 24 oder 48 Stunden - ich weiß es nicht mehr so genau - eine Vollmacht-zustimmungserklärung geben, damit die Landesregierung entscheiden kann. Die Landesregierung wollte nicht allein entscheiden, ohne vorher die Sprecher der Fraktionen zu hören. So war die Ausgangsposition vor der ersten Sitzung.

- (D) (Schauerte (CDU): Da waren Sie nicht da.)

Dann fand die erste Sitzung statt. In dieser ersten Sitzung hat mich mein Kollege Hagen Tschoeltsch vertreten, weil ich an dem Tage verhindert war. In der Sache hat es kritische Bemerkungen gegenüber den Betreibern, gegenüber der Landesregierung gegeben. Diese kritischen Bemerkungen sind auch von dem Kollegen Tschoeltsch in beide Richtungen geteilt worden.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Herr Kollege Schauerte, trotzdem hat sich Herr Kollege Tschoeltsch in unserer Fraktion von Anfang an dafür eingesetzt, daß wir trotz dieser kritischen Positionen, die angemerkt worden sind, in der Sachentscheidung eindeutig sind und diesem Nachtrag zustimmen. Es gibt hier keine Legendenbildungsmöglichkeiten. Davon dürfen Sie ausgehen. Wir haben diese Entscheidung von Anfang an mitgetragen und haben es der Regierung und dem Parlament gesagt - auch schon bei der ersten Lesung.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Die entscheidende Position ist doch die gestrige gewesen, nachdem wir nach der ersten Lesung gehört haben, was sich in Ihrem Bereich abgespielt hat. Als der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses gestern zu Beginn der entscheidenden Sitzung, als Sie noch nicht da sein konnten, mitteilte, daß das Votum des Verkehrsausschusses - mit den Stimmen der CDU - einstimmig ja lautete, daß das Votum des Wirtschaftsausschusses bis auf eine Stimme aus der CDU-Fraktion ebenfalls einstimmige Zustimmung war, und Sie dann plötzlich mit einem klaren Nein votierten, war für uns eben auch Irritation gegeben.

Wir haben von Anfang an, von der ersten Lesung dieses Nachtragshaushaltes bis zur Entscheidung in zweiter und dritter Lesung, unsere Position in der Sache in keinem Punkt verändert. Deswegen werden wir genauso heute zustimmen, wie wir in der ersten Lesung unsere Zustimmung vorher bekanntgegeben haben.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Wünscht noch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4846 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

(B)

Ich eröffne die Beratung in dritter Lesung. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Offensichtlich nicht. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung in dritter Lesung. Wer dem Gesetzentwurf in dritter Lesung entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4846 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön.

(Drei CDU-Abgeordnete stimmen dagegen. - Allgemeine Unruhe - Abg. Hardt (CDU) meldet sich zu Wort.)

- Die Mehrheit war eindeutig, es gibt hier keine Zweifel. Wir sind in der Abstimmung.

(Hardt (CDU): Ich wollte nur bemerken, daß das akustisch nicht verständlich war und daß die CDU die Beschlußempfehlung ablehnt. - Lachen bei der SPD)

- Meine Damen und Herren, wir sollten jedem Gelegenheit geben, hier klar und deutlich seine Meinung zu sagen. - Herr Hardt, dafür kann ich nichts; ich bin für die Akustik hier nicht zuständig. (C)

Ich wiederhole die Abstimmung: Wer dem Gesetzentwurf in dritter Lesung entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4846 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt noch einmal, die Hand zu heben. - Die Gegenprobe! -

(Lachen bei der SPD - Zurufe von der SPD: Guten Morgen!)

Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

(Zuruf von der SPD: Bei zwei Enthaltungen der CDU! - Unruhe)

Ich rufe Punkt 3 auf:

#### Doping im Sport

Große Anfrage 28  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 10/3373

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 10/4413

Zu einer zusätzlichen mündlichen Begründung gebe ich zunächst Herrn Abg. Dr. Kraft das Wort. (D)

(Frau Vizepräsident Friebe übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat die Große Anfrage "Doping im Sport" eingebracht. Ich will mit einigen Aspekten und unter Beleuchtung einiger Gesichtspunkte diese Große Anfrage begründen und etwas erhellen.

Durch einige spektakuläre Fälle, die schon vor den Olympischen Spielen in Seoul die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen haben - ich erinnere an den Fall Birgit Dressel -, hatten wir uns veranlaßt gesehen, die Landesregierung zu fragen, wie denn ihr Erkenntnisstand über die Doping-Problematik allgemein in unserem Lande aussehe. Sie wissen wie ich, wie alle, die dem Sport verbunden sind, daß unter Doping eine aus unserer Sicht unfaire Leistungssteigerung einer Athletin oder eines Athleten gegenüber anderen Mitbewerberinnen und Mitbewerbern durch die Einnahme verbotener Substanzen verstanden wird.